Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 26 (1946-1947)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

zugleich sinnlos wäre, dort von Abgrund zu reden, wo es um Zyklen geht, Umläufe, Kreisen der Zeit und die Wiederkehr der Erleuchteten. Der Abgrund ist sozusagen in den Zyklen eingerechnet, ihnen einverleibt, inkarniert. Desgleichen der Hiatus, das Klaffen zwischen Geist und Vernunft. Beide, der Abgrund und der Hiatus, sind an die Vorstellung und Idee einer linear verlaufenden Zeit gebunden, und diese wiederum an die Idee des unendlichen Abstands zwischen Göttlichem und Menschlichem, den zu überbrücken der Gottmensch berufen war und gekommen ist im *Laufe der Zeit* oder, wenn Sie es lieber so wollen, im Laufe der Geschichte, deren tiefster Sinn eben *nicht* die Wiederkehr, sondern die Freiheit ist, das Unanaloge. Entsinnen Sie sich dessen, was vorhin über die Fleischwerdung des Wortes gesagt wurde, die mehr bedeutet als daß der Mensch das Maß der Dinge sei, die darüber hinausgeht. Wohin? Es ist schwer, das zu formulieren. Sagen wir vorläufig so: ins Ungewisse, das zugleich das Gewisse ist. Weil es so dem Menschen an der Grenze, dem leidend ungeduldigen, am besten entspricht.

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Da die *Konferenz von Moskau,* die Mitte März beginnen soll, unmittelbar bevorsteht, scheinen sich die Dinge heute in einem Zustand des Überganges oder der Schwebe zu befinden. So vermeidet man es denn auch im Kreise der Mächte, sich bis dahin allzusehr festzulegen. Insbesondere trifft dies zu für die machtpolitischen Entwicklungen im Bereiche des *deutschen Problems,* dessen Behandlung ja in Moskau die erste Stelle einnehmen wird; sie befinden sich noch durchaus im Stadium des Vorläufigen, wobei die Gegensätze sichtbar und unvermindert weiter bestehen. Vor allem ist man sich auch heute noch sogar in den Verfahrensfragen so wenig einig wie je, wo nach wie vor dem russischen Bestreben auf eine scharfe Beschränkung der Verhandlungsgruppe, möglichst auf die vier europäischen Großmächte, das angelsächsische Bestreben auf möglichste Erweiterung des Kreises der Teilnehmer entgegensteht. Man wird sich deshalb darauf gefaßt machen müssen, daß allein schon in dieser Frage alle jene Schwierigkeiten auftreten werden, die man bereits bei der Beratung des Staatsvertrages mit Österreich in London in gewohnter Plastik erlebt hat. Daß im übrigen diese Beratungen durch die stellvertretenden Außenminister auch in manchen wichtigen Punkten der österreichischen Streitsache selbst nicht zu einer Einigung zu führen vermochten, ist deshalb weiter nicht erstaunlich, weil die österreichischen Probleme mit den deutschen Fragen in dem engsten Zusammenhange stehen; so wird auch in diesem Bereiche die endgültige Entscheidung erst mit der Entscheidung über Deutschland fallen.

Inzwischen sind am 10. Februar die *Friedensverträge mit Italien und den Satelliten* in Paris allseitig unterzeichnet worden. Wer sich nun all' der Schwierig-

keiten erinnert, die bei der Behandlung der wichtigsten unter diesen Verträgen oftmals schier unüberwindlich im Wege standen, und wer zurückdenkt an die mannigfachen, meist in beschwörendem Tone vorgebrachten Willenserklärungen, man werde den Vertrag unter keinen Umständen unterzeichnen, wenn nicht diese oder jene Bestimmung geändert werde, der mag sich durch die allseitig erfolgte Unterzeichnung doch zu besonderen Schlüssen veranlaßt sehen. Im Grunde laufen diese Schlüsse immer auf dasselbe hinaus: keine der Großmächte will den Krieg, alle haben sie vielmehr ein dringendes Interesse daran, daß die für den eigenen Wiederaufbau so notwendige Ruhe bald einkehrt, — und dies ist eben wiederum nur durch die Bereinigung der pendenten Streitfragen zu erreichen. Und den kleinen Staaten, wer es auch sei, bleibt nichts anderes, als sich mit diesen Bedürfnissen der Großen wohl oder übel abzufinden. Geht man nun auch davon aus, daß das deutsche Problem, das in Moskau zu einer Regelung kommen soll, weitaus das schwierigste zwischen den Mächten ist, so mag doch die Erfahrung mit den bisherigen Friedensverträgen zeigen, daß man die kommenden Dinge mit einer gewissen Zuversicht beurteilen kann, unbeschadet alles dessen, was über die unendlichen Schwierigkeiten geredet und geschrieben wird, die bestehen und noch kommen werden. Schließlich sind mit der Frage von Triest und mit dem Problem der Freiheit der Donauschiffahrt Streitpunkte von einer Schwere überwunden worden, die oftmals keine Möglichkeit einer Lösung mehr erkennen ließ. Daß sich freilich eben ideale Lösungen nun einmal nicht erzielen lassen, weiß man längst, und man wird das auch in der deutschen Frage erfahren; aber wer möchte die Voraussage heute verneinen, daß beispielsweise das neue Regime von Triest sich in Zukunft vielleicht praktisch viel besser bewähren wird, als der Ruf ist, den es heute in den Augen der Partner genießt?

Über die *Krise in England* und ihre, wie es scheint, am Ende positive Überwindung berichtet unser Korrespondent. Man wird gut tun, auch die beiden andern Geschehnisse im englischen Bereiche nicht mit allzu schnellen Urteilen zu begleiten: *Palästina und Indien*. Noch ist das Commonwealth nicht auseinandergefallen. Noch kennt man auch nicht die Entwicklung, die in dem *indischen Problem* bis zu dem auf den Juni 1948 angesagten Rückzug eintreten wird. Auch was dannzumal geschieht, wird abzuwarten sein. Jedenfalls ist die amtliche Formulierung für die Übergabe «an die Inder» so gehalten, daß der englischen Politik immer noch verschiedene Möglichkeiten der Machtübergabe offen stehen, deren Beurteilung am Ende auch die indische Kongreßpartei zu einer Lösung in der Richtung auf englische Wünsche veranlassen könnte. Auch ist bei den Beratungen vor dem Parlament in London nicht ohne Grund auf die Entwicklung der Dinge im Verhältnis zu der *Südafrikanischen Union* verwiesen worden, für die der Besuch des englischen Königspaares gerade heute einen besonderen Hinweis erlaubt. Tatsache ist, daß den Indern die Unabhängigkeit von englischer Seite längst zugesichert wurde: wer aber wird heute schon entscheiden wollen, in welcher Weise die endliche Fixierung dieses Versprechens im praktischen Lauf der Dinge sich auswirken wird?

Eine etwas andere Lage hat die jüngste Entwicklung im Bereiche der Probleme um *Palästina* ergeben. Dort hatten sich nun die Verhältnisse nach dem Ultimatum an die Jewish Agency und dessen Ablehnung dermaßen zugespitzt, daß ein gewaltsamer Eingriff entweder auf dem militärischen oder dann eben auf dem diplomatischem Felde nicht mehr zu vermeiden schien. Man wird wohl den britischen Außenminister verstehen, wenn er als letzte Ursache für den unentwirrbaren Charakter dieser Verhältnisse schließlich auf die doppelseitigen Versprechungen hin-

wies, welche die früheren Regierungen Großbritanniens den Juden sowohl wie den Arabern gemacht hatten. Freilich mußte der Entschluß, die Probleme des Mandates, wie sie heute liegen, gesamthaft an die UNO zu übergeben, allgemein einen bedeutenden Eindruck machen; allein es hat nicht lange gedauert, da ergab sich, daß dieser Entschluß vielleicht gar nicht so sehr den Charakter der Unwiderruflichkeit hat, den man ihm geben wollte: denn es ist sehr wohl möglich, daß die britische Politik vorerst einfach darauf ausgeht, Zeit zu gewinnen, während sie im übrigen in der Lage ist, einen allenfalls von übelwollender Seite provozierten, für Großbritannien ungünstigen Entscheid im Rahmen der UNO durch das Veto zu verhindern... Der Zeitgewinn aber mag dazu dienen, die Verhandlungen weiter zu fördern, von denen der britische Außenminister, wie bestimmte Berichte besagen, in seinem bekannten zähen Zielstreben auch heute noch einen endlichen Ausgleich zu erhoffen scheint. Wie stark sich im übrigen die Dinge in Palästina zugespitzt haben und mit welcher gehässigen Verbissenheit der Kampf der Juden auf allen Feldern geführt wird, das zeigen nicht nur die Ereignisse der jüngsten Tage, — darüber mag auch die folgende Meldung der Agentur Exchange Auskunft geben:

> Jerusalem, 19. Februar. Jüdische Familien, die aus ihren Wohnungen im Zentrum Jerusalems evakuiert worden waren, um Raum für englisches Militär zu schaffen, verübten, wie sich nachträglich herausstellte, Sabotageakte und legten Fallen an. Sechs englische Soldaten erlitten Verletzungen und mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Verschiedentlich waren elektrische Leitungen mit Wasserhahnen, Bassinstöpseln usw. verbunden worden, sodaß die Soldaten elektrische Schläge erlitten. In andern Fällen waren die sanitären Einrichtungen zuzementiert oder Tierleichname unter die Zimmerdielen gelegt worden.

Heute muß das geprüfte *Frankreich* besonders schwierige Zeiten durchmachen. Die wirtschaftliche Sanierung, die durch die ebenso überraschende wie brüske Preissenkungsaktion des Ministerpräsidenten Léon Blum eingeleitet werden sollte, und die einige gute Anfänge erkennen ließ, scheint sich an unüberwindlichen Schwierigkeiten politischer und psychologischer Natur brechen zu müssen. Fast will sich nun erweisen, daß die Bereitschaft und das Vermögen dieses Volkes, die unerläßlichen weiteren Opfer für den Wiederaufstieg zu bringen, angesichts der ungeheuren Einbußen während des zweiten Weltkrieges — nach dem Substanzverlust durch den ersten — endlich versagen. So besteht der Eindruck, daß das Land infolge Disziplinlosigkeit und Resignation in schwere Gefahr gerät. Die zweite Preissenkungsaktion beginnt unter ungünstigen Vorzeichen, und die Aussicht scheint verbaut, den Plan Monnet mit Erfolg auch nur in Angriff zu nehmen. Das Streikfieber breitet sich immer weiter aus, und mit seinem Ausgreifen auf die Beamtenschaft erstehen ernste Gefahren für die Struktur selbst des Staates. Im Zuge dieser Entwicklung wird der Druck von seiten der kommunistischen Machtposition immer stärker und gefährlicher. Unter diesen Umständen muß sich das Gewicht des schwer leidenden Landes im Forum der internationalen Entscheidungen weiter vermindern. Daran kann auch die Allianz mit Großbritannien nicht viel ändern, noch werden es die in Aussicht genommenen Bündnisse mit Polen und der Tschechoslowakei vermögen. Auch scheint im Konflikt um Indochina ein positiver Entscheid immer mehr in die Ferne zu rücken. Inzwischen hat die französische Regierung interessanterweise die Freilassung ihres alten Gegners von Marokko, Abd-el-Krim, aus der Gefangenschaft auf der Insel Réunion angeordnet, was ihr beiläufig den unvermeidlichen Protest Spaniens eintrug, nachdem sich der französische Außenminister

Briand im Juli 1926 verpflichtet hatte, vor der Ergreifung irgendwelcher neuer Maßnahmen gegenüber Abd-el-Krim die spanische Regierung zu konsultieren. Ab und zu könnte man angesichts der ausgesprochen schwierigen innen- und außenpolitischen Lage des Landes, die so durchaus ernste Gefahren in sich birgt, versucht sein, sich des Namens de Gaulle zu erinnern, mit dem sich zweifellos noch heute viele Hoffnungen verbinden, obwohl der Retter der Kriegsjahre in den letzten Monaten völlig in die private Sphäre zurückgezogen scheint. Allein man wird sich darüber klar sein, daß nach dem heutigen Stand der Dinge und angesichts der gegenwärtigen inneren Kräfteverhältnisse eine solche, notwendig autoritäre Lösung nur gegen schärfsten, wahrscheinlich blutigen Widerstand sich durchsetzen ließe; denn der starke kommunistische Block von annähernd fünf Millionen wird diesen Mann wohl nicht mehr akzeptieren, da seine Führung am Ende nichts weniger als das Ende der roten Macht bedeuten würde. So wäre vielleicht heute eine Lösung de Gaulle nur noch im Wege des Staatsstreichs oder der Revolution möglich.

Auch sonst kriselt es im Bereiche *Westeuropas*. Die Verhältnisse in Belgien sind ausgesprochen unstabil, Holland richtet sich nur mühsam wieder auf und Spanien bleibt ohnehin ausgeschlossen. Damit hat auch die Idee Churchills, die *Idee des «Vereinigten Europa»*, die er in Zürich entwarf, und die sich wohl auf Westeuropa beschränken soll, auch wenn man das nicht gerne offen ausspricht, zur Zeit sehr wenig Chancen, wirkliche Gestalt anzunehmen. Sie ist im Augenblick aber auch aus allgemeinen Erwägungen wenig aktuell, zumal die Bestrebungen des präsumptiven Hauptpartners solcher Koalition des Westens, nämlich der britischen Politik, nach wie vor auf den Ausgleich mit dem Osten eingestellt sind.

Diesen Bestrebungen hat der britische Außenminister unlängst wieder Ausdruck gegeben, als er sich in einer seiner jüngsten Reden gegen die Formulierung des Begriffs *«Eiserner Vorhang»* wandte, und sagte,

> es handle sich um einen unglücklichen Ausdruck, und er, Bevin, habe diesen Ausdruck niemals verwendet. «Mit Hilfe dieser Worte versucht man, Mißtrauen zu erwecken, und ich bin der Auffassung, daß alles falsch ist, was darauf hinzielt, eine Großmacht gegen eine andere aufzuhetzen», so schloß er...

Tatsächlich wird man denn auch, trotz allen zweifellos gegebenen Schwierigkeiten, die Chancen im Hinblick auf die Konferenz von Moskau, dem großen Ereignis dieses Monats, soweit wir den allgemeinen Rahmen ins Auge fassen, nicht unbedingt pessimistisch beurteilen müssen. Es hat sich bis jetzt wenigstens gezeigt, daß die Russen noch jedesmal einlenken, wenn sie auf die zähe Entschlossenheit des großen Westens stoßen. Nur erwarten sie wohl eines: daß man sie nämlich im Osten gewähren läßt. Und hat sich nicht die russische Politik eben erst noch in einer bedeutsamen Frage zu einer bedeutsamen Konzession bereit gefunden? Sie hat die *tatsächliche Vorherrschaft der Vereinigten Staaten im Bereiche der Inseln des Pazifik*, die bisher der japanischen Sphäre angehörten, ausdrücklich anerkannt. Der Sicherheitsrat wird mit voller russischer Zustimmung die strategische Treuhandschaft der Vereinigten Staaten über diese Inseln statuieren. Sicher eine im allgemeinen Rahmen bedeutungsvolle Angelegenheit. Und es wäre wohl zu wünschen, daß man in dieser Regelung ein Präjudiz in bezug auf die künftige Regelung eines andern Problems erblicken könnte, das uns näher liegt — für die Frage der ehemals *italienischen Kolonien im Mittelmeer:* strategische Treuhandschaft zugunsten Großbritanniens. Diese Konzession wird freilich bedeutend schwieriger zu erreichen sein.

Zürich, Anfang März 1947. *Jann v. Sprecher.*

Militärische Umschau

Generalsbericht und Stellungnahme des Bundesrates.

Der dem Publikum restlos zugängliche Bericht von General Guisan erregte lebhaftes Aufsehen. Während sich die bürgerliche Presse im allgemeinen mit einer ausführlichen Berichterstattung begnügte, wurde der Bericht von der Linkspresse ausgeschlachtet. Er diente nicht nur als Angriffsmittel gegen das herrschende System, wobei höchststehende Offiziere in Grund und Boden verdammt wurden — erinnern wir nur an die Polemik wegen der fehlenden Operationspläne — sondern einzelne Linksblätter holten zum Sturm gegen das Bürgertum aus, denn der General hatte die Unzulänglichkeit junger Offiziere mit den Worten begründet: *«Der Mangel an charaktervoller Persönlichkeit, der ihnen manchmal vorgeworfen wird, erscheint als etwas, was im Bürgertum, als derjenigen sozialen Schicht, aus der die meisten von ihnen stammen, mehr und mehr verbreitet ist»* (S. 187). Die *«Tagwacht»* triumphierte und in ihrem Leitartikel vom 5. Juli schrieb sie, unter dem Titel *«Der Niedergang des Bürgertums»*, zwei Sätze des Generals (S. 186 und 188) in oberflächlicher Weise verquickend: *«Der schärfste sozialdemokratische Kritiker unserer Wehrverhältnisse könnte kaum mehr sagen»*.

Gewiß hat auch das Bürgertum in den 20er Jahren nur in beschränktem Maß Verständnis für die Aufrechterhaltung der Wehrbereitschaft aufgebracht, aber wer hat die Initiative zu der so dringenden Wiederaufrüstung zu Beginn der 30er Jahre ergriffen? Hat nicht eine Delegation der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, die je und je in entscheidenden Armeefragen zum Rechten gesehen, mit allem Nachdruck jenen ersten großen Millionenkredit gegenüber dem Chef des E.M.D. vertreten? Ist nicht auf der anderen Seite die Abänderung der Militärorganisation, die eine bescheidene Verlängerung der Dienstzeit forderte, bei der Volksabstimmung im März 1935 von der sozialdemokratischen Partei offiziell bekämpft worden? Erinnern wir uns an die Worte des nachmaligen Generals Guisan an jener Landsgemeinde in Colombier zugunsten der Wehranleihe des Jahres 1936. In welcher Verfassung hätte er die Armee im Herbst 1939 angetreten, wenn das Bürgertum in jenen Jahren wirklich *«weniger Lust und weniger Sinn für die Verantwortung»* gehabt hätte? Wäre dann nicht leicht unserem Lande ein ähnliches Schicksal beschieden gewesen, wie den sozialdemokratisch regierten Nordstaaten Dänemark und Norwegen?

In der bevorstehenden Session wird die Bundesversammlung zu den Berichten des Generals und des Bundesrates Stellung nehmen. Auch wer dem Bericht des Generals den Vorzug gibt, wird dem Satze des Bundesrates restlos zustimmen: *«In jedem Falle wäre es der Sache dienlicher gewesen, wenn der Bericht des Generals und die Stellungnahme des Bundesrates dazu den eidgenössischen Räten gleichzeitig hätten unterbreitet werden können»* (S. 6). Wieviel kostbares Porzellan ist in der Zwischenzeit zerschlagen worden! Die ganze Pressekampagne wäre weitgehend vermieden, der Bericht von Oberstkorpskdt. Prisi zweifellos nicht publiziert worden. Wenn dieser auch inhaltlich berechtigt war, hat er der Armee doch mehr geschadet wie genützt. Denn es handelte sich bei seinem Angriff nicht nur um einen Angriff gegen die Einzelperson des Generals, sondern um einen Angriff gegen die Personifikation der Aktivdienstarmee. Ob man will oder nicht, es ist eine Tatsache, daß General Guisan, dank seiner außergewöhnlichen Popularität während der Grenzbesetzung, auch heute noch in weitesten Kreisen als Symbol unseres Widerstandswillens angesehen wird.

Der Bundesrat hat in seinem Bericht, zum Wohle des Staates, seine eigene verletzte Empfindlichkeit unterdrückt und die im Interesse der Geschichtsforschung notwendigen Richtigstellungen in bewundernswert objektiver Weise dargelegt. Er hat dabei zu dem geschickten Mittel gegriffen, immer wieder eine aktenmäßige Darstellung der Tatbestände zu geben, das pro und contra wörtlich zitiert, in vielen

Fällen die Schlußfolgerung dem Leser überlassen, in anderen seine Ansicht, soweit sie zu derjenigen des Generals im Widerspruch steht, nur diskret angedeutet. Demzufolge atmet der ganze Bericht eine wohltuende Sachlichkeit, die durch die gediegene und zurückhaltende Ausdrucksweise verstärkt wird.

Es mögen drei Beispiele erlaubt sein, die auch ein weiteres Publikum interessierende Fragen betreffen:

Die *fehlenden Operationspläne:* Zunächst wird daran erinnert, daß General Guisan, der seit 1936 rangältestes Mitglied der L.V.K. war, sich in dieser Eigenschaft Rechenschaft über allfällig vorhandene Operationspläne geben konnte und im übrigen mehrere Monate vor Ausbruch der Feindseligkeiten mündlich und vertraulich die Mitteilung erhalten hatte, *«daß er zum Oberbefehlshaber vorgeschlagen werde, wenn die Verhältnisse eine Generalswahl notwendig machen müßten»* (S. 12). Bundesrat und L.V.K. betrachten das *«Fehlen»* von Operationsplänen *«auch heute noch als das Ergebnis einer wohlbewußten Stellungnahme zu diesem Problem»* (S. 12). Der operative Entschluß des Oberbefehlshabers sollte anno 1939 ermöglicht werden *«durch das zuverlässige Funktionieren des Grenzschutzes, die reibungslose Durchführung der Mobilmachung und die rasche Bereitschaftsaufstellung»* (S. 13). Dies alles hat gut gespielt. Die Zeitung *«Volk und Armee»* will die vorhandene Differenz als bloßes Mißverständnis bagatellisieren. Im Herbst 1939 wäre aber selbst die deutsche Kriegsmaschine nicht imstande gewesen, einen Überfall durchzuführen, durch den unsere Armee *«ausmanövriert und zusammengeschlagen worden»* wäre. Und heute? Gibt es irgend eine Garantie, bei einem Überfall eine vorbereitete Notlösung anwenden zu können? Ist es nicht richtiger, sich nicht auf eine solche Notlösung zu verlassen, sondern *«den aus dem Augenblick geborenen Entschluß»* zu fordern. Der Bundesrat bemerkt sehr richtig, dieser Entschluß werde um so entschiedener sein, je weniger vorgefaßte Pläne Bindungen auferlegen (S. 9).

Der *Fall Bandi:* Der Bundesrat gibt einen chronologischen Überblick. Ende Dezember 1941 nahm General Guisan eine Beförderung Bandis zum Oberstkorpskommandanten in Aussicht, und er schrieb am 21. Dezember 1941: *«Ein weiterer Grund* (zum Beförderungsantrag) *bestand für mich in der Anerkennung der bisherigen außerordentlichen Verdienste in der Entwicklung der Flieger- und Fliegerabwehrtruppe.* Wenn der General in seinem Bericht sagt: *«Der Vorsteher des Militärdepartements glaubte indessen meinem Verlangen auf sofortige Ersetzung des Kommandanten der Flieger- und Flabtruppe nicht stattgeben zu müssen* (S. 110), übersieht er die Tatsache, daß Art. 209 der Militärorganisation ihm eindeutig folgendes Recht verleiht: *«Er* (der General) *ist berechtigt, Offiziere im Kommando einzustellen und Offizieren vorübergehend Kommandos zu übertragen».* Es bedurfte also in der Frage des *Kommandos* der Flieger- und Flabtruppe keiner Zustimmung des Bundesrates. Anders verhält es sich mit der Beamtenfunktion als Waffenchef. Hier ist der Bundesrat kompetente Instanz; gegen die beamtenrechtliche Wiederwahl von Oberstdivisionär Bandi auf 1. Januar 1942 war aber von keiner Seite Einspruch erhoben worden. Die ganze Angelegenheit wird noch ein unangenehmes Nachspiel haben, zufolge des Berichtes von Oberstdivisionär Bandi an die Bundesversammlung und der erst am 22. Februar 1947 — unverständlich spät — angeordneten administrativen Untersuchung. Wäre dieselbe sofort nach der Publikation des Generalsberichtes erfolgt, hätte Bandi zweifellos auf eine persönliche Verteidigungsschrift verzichtet. Es ist zu befürchten, daß die administrative Untersuchung bis zur Märzsession nicht abgeschlossen sein wird. Was dann? General Guisan schreibt, er habe sich überzeugt, daß der Bericht von Oberstdivisionär Rihner genau und fundiert sei (S. 115). Dies setzt eine sehr eingehende Untersuchung voraus, die der General unmöglich allein durchführen konnte. Werden diese Aktenunterlagen für die jetzige administrative Untersuchung zur Verfügung stehen? Unverständlich bleibt die Veröffentlichung von Oberstdivisionär Rihners Geheimbericht über die Verhältnisse bei seinem Amtsantritt, um so mehr als er sowohl schriftlich

wie telephonisch General Guisan gebeten hat, die Veröffentlichung zu unterlassen. Erst dieser Bericht gibt der Bloßstellung Bandis vor aller Öffentlichkeit eine vergiftende Wirkung. War diese capitis diminutio notwendig?

Das Urteil über die jungen Offiziere: Der Bundesrat erklärt, gestützt auf eine erschöpfende Auswertung der Dienstakten: *«einzelnen negativen Urteilen stehen eine große Mehrzahl ebenso deutlich positiver gegenüber»*. Eines der erwähnten Beispiele lautet: *«Les jeunes officiers sortant des E.Of. et E.R. sont excellents»*.

General Guisan hat sich im Laufe des Aktivdienstes wiederholt für eine wirksame *Reorganisation* des *Instruktionskorps* eingesetzt, der Bundesrat hat aber bis heute noch keine nennenswerte Neuregelung getroffen. General Wille sagt in seinem Bericht über den Aktivdienst 1914/18: *«Jeder Rappen Militärausgaben ist hier hinausgeworfen, solange nicht die Spitzen und Lehrer der Instruktion als Elitekorps angesprochen werden können»*. In Friedenszeiten ist das Instruktorenproblem ein Kernproblem. Dieses Kernproblem ist *noch immer* ungelöst und dessen eingehende Behandlung drängt sich seit Jahren gebieterisch auf.

Zur *Preisgabe militärischer Geheimnisse* soll sich ein hoher ausländischer Offizier geäußert haben, die Schweiz könnte das einzige Land sein, das keine militärischen Geheimnisse besitze, falls nicht eine spezifisch helvetische Atombombe erfunden werde. Der Bundesrat begnügt sich mit der Feststellung: *«Hätte der Bundesrat Gelegenheit gehabt, sich zu den Berichten zu äußern, ehe sie der Öffentlichkeit zugänglich wurden, so hätte er zu verhindern gesucht, daß gewisse Angaben über den Stand unserer gegenwärtigen Rüstung veröffentlicht würden»* (S. 40).

Vergleicht man General Guisans Ausführungen mit den Berichten seiner Vorgänger, sind einige Unterschiede auffällig. Die Berichte seiner Vorgänger sind nicht egozentrisch, nicht aggressiv gegen einzelne Personen und vermeiden die Schwarz-Weiß-Malerei. Dufour, Herzog und Wille weisen in eindrücklichen Worten auf allgemeine Mißstände hin und ziehen die notwendigen Folgerungen. General Guisan schreibt die gerügten Mängel mehr einzelnen Personen oder Gruppen von Personen zu und berücksichtigt weniger die Schwächen unseres Systems, die es in zielbewußter und methodischer Arbeit zu beheben gilt.

Wie bescheiden nehmen sich die Differenzen zwischen General und Bundesrat über Truppenaufgebote, anläßlich der Invasion im Juni 1944, aus (Bericht des Generals S. 59 u. ff., des Bundesrates S. 38 u. ff.), wenn man sie mit den unerhörten Schwierigkeiten Herzogs im Januar 1871 vergleicht, die sein Biograph Hans Senn überzeugend schildert. *«Seit den Tagen der Schlacht um Belfort wären die schweizerischen Truppen stets zu spät gekommen, um einer Verletzung unserer Neutralität wirksam entgegentreten zu können. Der Hauptgrund dafür lag in der in letzter Minute und nur tropfenweise angeordneten Mobilmachung»*. Im Juni 1944 erfolgte die Invasion in der *Bretagne*. Der Bundesrat sagt, nach seiner Meinung *«konnte es sich die deutsche Heeresleitung nicht mehr leisten, im Rücken der neuen Kriegsfront in Nordfrankreich einen weiteren Kriegsschauplatz in der Schweiz aufzureißen»* (S. 31). *«Während des dreitägigen Kampfes um Belfort* (Januar 1871), *an dem etwa 180 000 Deutsche und Franzosen teilnahmen, schützten also zwei schwache Brigaden die schweizerische Neutralität»* (Senn, S. 240).

Wer restlos dem *Schlußwort* des *Bundesrates* zustimmt, das die *hohen Verdienste des Generals* anerkennt und speziell hervorhebt: *Schaffung eines Vertrauensverhältnisses* zwischen *Volk* und *Armee, Stärkung* der *Einigkeit* und *Widerstandskraft, Aufrechterhaltung* eines *guten Verhältnisses* zwischen *Offizieren, Unteroffizieren* und *Soldaten,* wird es doppelt bedauern, daß dessen Bericht mehr für den Augenblick geschrieben zu sein scheint und die abgeklärte Ruhe vermissen läßt, die die Berichte seiner Vorgänger auszeichnet. Wie scharf lauteten einzelne Befehle General Willes während seiner Amtszeit, es sei nur an seinen Befehl gegen die Schlampigkeit erinnert und wie gemessen lautet sein Schlußbericht. Die Zeitung *«Armee und Volk»* glaubte in unmißverständlicher Weise auf den Mitarbeiter des

Bundesrates einen Pfeil abschießen zu müssen. Dieser hat dem Land bessere Dienste geleistet als der Mitarbeiter des Generals, der die vollendete Courtoisie seines Chefs kennen sollte, sich aber zu wenig an den Grundsatz hielt: Fortiter in re — suaviter in modo.

Möge bei der Behandlung der beiden Berichte in der kommenden Session der gleiche würdige Ton herrschen, wie in den Ausführungen des Bundesrates und dann ein *Schlußstrich* unter die Diskussion gesetzt werden, damit sich die aufbauenden Kräfte unseres Landes mit vollem Einsatz den neuen Aufgaben der Armee widmen können. *Landesgeschichte und Weltlage zwingen dazu, unsere Armee als scharfgeschliffenes Instrument den kommenden Geschlechtern zu erhalten.*

Miles.

Wirtschaftliche Umschau

Es sieht nun endlich mit der *Versorgung der Schweiz* besser aus. Insbesondere erweckt das neue Abkommen mit *Argentinien* erhebliche Hoffnungen. Die argentinische Regierung verpflichtete sich darin für 1947 zur Lieferung von mindestens 100 000 t Weizen, 120 000 t Mais, 100 000 t Gerste, 150 000 t Hafer und 20 000 t Roggen. Für den Fall einer ausgesprochen schlechten Ernte wird allerdings eine Reduktionsmöglichkeit vorbehalten, doch wird dabei der Schweiz ein bestimmter Minimalprozentsatz des Exportüberschusses zugesichert. Beim Weizen kann die Menge bis zu 250 000 t gesteigert werden. Um ein Bild über die Bedeutung dieser Quantitäten zu geben, sei bemerkt, daß im Jahr 1946 insgesamt 243 000 t Weizen, 135 000 t Hafer, 80 600 t Gerste und 59 000 t Mais importiert wurden. Die Lieferungen aus Argentinien allein sollten somit auf allen diesen Positionen 1947 höher ausfallen als die Einfuhr 1946 aus allen Ländern zusammen. Daß Argentinien diesen Vertrag mit der Schweiz bewußt auf *zweiseitiger Basis* und unter Vermeidung der Meistbegünstigungsklausel abgeschlossen hat, ist ein Fingerzeig dafür, welche Schwierigkeiten den Bemühungen der U.S.A. auf Rückkehr zu einem multilateralen System noch begegnen werden, zu dem sie selber übrigens bis heute auch noch nicht viel Reales beigetragen haben. Nicht nur für die Beurteilung der Zukunft ist es von Bedeutung, daß Argentinien seinen eigenen Weg geht, sondern auch für die Gegenwart. Die Versuche der Alliierten, die internationale Bewirtschaftung der wichtigen Welthandelsgüter in der Hand zu behalten, werden dadurch durchkreuzt; nicht zum Schaden der Kleinstaaten, die von den alliierten Bewirtschaftungsbehörden bisher regelrecht benachteiligt wurden.

Vor allem die Versorgung mit Butter, aber auch mit Fleisch dürfte sich nun bald spürbar bessern.

Der Abbau der *schweizerischen Kriegswirtschaft* steht nicht ganz still. Wer das Handelsamtsblatt regelmäßig verfolgt, stößt immer wieder auf Aufhebungsbeschlüsse, die irgendwelche kriegswirtschaftlichen Erlasse betreffen. Meist sind es aber solche, von denen das große Publikum nichts gespürt hat oder die so gegenstandslos geworden sind, daß man von ihrer Existenz kaum mehr Notiz nahm. Anders ist es bei der kürzlichen Aufhebung der *Rationierung des Schaffleisches,* die nun auch die breite Öffentlichkeit interessiert. Es hat sich um diese Frage noch eine kleine Diskussion in den nächstbeteiligten Kreisen abgespielt. Der Metzgermeisterverband empfahl, auf die Freigabe zu verzichten. Man verlange vom Metzger weiterhin, den Zumutungen der Konsumenten, deren Rationierungsdisziplin sich gelockert habe, standzuhalten. Diese Aufgabe erleichtere man ihm nicht, wenn nun die Fleischrationierung, wenn auch auf einem Nebengebiet, abgebaut und das System dadurch durchlöchert werde. Pittoresk war übrigens noch die Bemerkung, daß sich die Rationierung auf den Absatz günstig auswirke, weil niemand gern Fleischpunkte verfallen lasse. Also Absatzförderung und nicht Verbrauchsbeschränkung durch die Rationierung! Es ist aber sicher richtig, daß gelegentlich Waren gekauft werden,

nur weil sie zugeteilt sind, so absonderlich es sein mag, daß die Rationierung, die den Konsum drosseln soll, gelegentlich auch die gegenteilige Wirkung haben kann. Das Kriegsernährungsamt hat sich den Standpunkt des Metzgermeisterverbandes nicht zu eigen gemacht, sondern es hat sich wohl von der Überlegung leiten lassen, daß die Rationierung aufhebungsreif sei, wenn an einem bestimmten Produkt kein Mangel mehr herrscht. So plausibel von ihrem Standpunkt aus die Stellungnahme der Metzger sein mag, ist es aber doch zweifellos zu begrüßen, daß das KEA in diesem Sinne konsequent war. Unter seiner neuen Leitung macht es gute Figur.

Auch in einem andern Sektor kommt es gelegentlich zu Abbaumaßnahmen. Die *Preiskontrolle* hat in letzter Zeit die Preisgestaltung einiger Güter freigegeben, so des Obstsaftkonzentrates, des Kunstdüngers, von Heu und Emd, Schmierölen und Fetten und einigen kleinen Artikeln. Es handelt sich um Waren, bei denen das Angebot wieder so reichlich ist, daß keine übermäßigen Preise mehr zu befürchten sind. Es ist richtig, in solchen Fällen abzubauen. Die Behauptung, daß die Preiskontrolle in vollem Umfang aufrecht erhalten werden müsse, solle sie nicht samt der Preisdisziplin zerbröckeln, ist nicht zutreffend. Man kann nicht mit den ganz andern Verhältnissen der Vereinigten Staaten argumentieren. Vielmehr vermöchte nichts beim Schweizer den Widerstand gegen die Preiskontrolle und andere kriegswirtschaftliche Beschränkungen mehr anzustacheln als die sture Beibehaltung von Vorschriften, die nicht mehr nötig sind. Er wird sich eher in Geduld in die noch notwendigen Kontrollmaßnahmen schicken, wenn er das Gefühl hat, daß dort die Freiheit wieder hergestellt werde, wo es durch die Verhältnisse möglich wird.

Die Versorgung im vergangenen *Januar* hat sich wieder günstig entwickelt, wenn auch die Einfuhr saisonmäßig etwas zurückgegangen ist. Insbesondere hat sich die Einfuhr von Fabrikaten wieder gut gehalten. Interessanterweise war der Importindex der Fabrikate erneut höher als der Ausfuhrindex. Es ist dies ein Zeichen dafür, daß der Export nicht so groß ist, daß er das Gütergleichgewicht stören müßte.

Ein bemerkenswertes Detail verdient festgehalten zu werden. An der guten Exportkonjunktur war im vergangenen Jahr 1946 auch der schweizerische *Bergbauer* mit seinem *Zuchtvieh* beteiligt. Die Ausfuhrziffern, die naturgemäß hauptsächlich auf den vergangenen Spätherbst und Winter entfallen, sind die folgenden: 1721 Zuchtstiere, 14 082 Kühe und 4386 Stück Jungvieh. Die einheimische landwirtschaftliche Produktion hat noch nie wie gerade während des letzten Krieges und seither so leicht innert der eigenen Grenzen Absatz gefunden. Trotzdem blieb der Bergbauer auf die Ausfuhr angewiesen, bringt er doch in der Schweiz sein Zuchtvieh nicht voll unter, und es als Schlachtvieh zu verkaufen, brächte ihm große Verluste. Das wird auch bei der Beibehaltung einer viel ausgedehnteren Ackerfläche so bleiben. Daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bergbauern somit ganz anders gelagert sind als die des Bauern im Mittelland, bildet einen besondern Beitrag zu dem so außerordentlich mannigfaltigen wirtschaftlichen Aufbau unseres kleinen Landes und ist bemerkenswert in einem Zeitpunkt, in dem viel über die dauernde Anpassung der landwirtschaftlichen Produktion an den Inlandmarkt gesprochen wird. Diese Anpassung wird nie für alle möglich sein.

Ähnlich wird es sich ja in Zukunft wieder beim zweiten klassischen Produkt unserer Landwirtschaft, dem *Käse,* verhalten. Die schweizerische Käseproduktion hat in den späteren Kriegsjahren im Interesse der Inlandsversorgung auf den Export völlig verzichten müssen. Das schadete nicht zu viel, solange es den andern Ländern nicht besser ging. Heute aber exportieren andere Käseproduzenten wieder in großem Umfang. Der Zeitpunkt ist nun da, in dem sich auch der Schweizer Käse in der Welt wieder sollte zeigen können, um nicht entscheidend Boden zu verlieren. Rein wirtschaftlich gesehen, ist dies völlig klar. Die Schweizer sind aber nicht so heroisch wie die Engländer und andere Völker, die das eigene Land im Interesse des Wiederaufbaues der Exportbeziehungen knapp halten, ja sogar darben lassen. Hier müssen

wir umlernen, spätestens im Moment, in dem die Versorgung mit Milchprodukten infolge der Buttereinfuhr wieder besser aussieht, sonst dürfen wir uns nicht wundern, wenn später wieder Stützungsmaßnahmen nötig werden. Eine Politik auf längere Sicht ist hier unerläßlich.

Nach diesen Details noch ein Gesamturteil: wenn auch da und dort die Einfuhr der Inlandproduktion schon wieder scharfe Konkurrenz bereitet und in den Inseraten Warenangebote wieder viel häufiger werden, und trotzdem die eine und andere Exportbranche einen Bestellungsrückgang oder verschärfte Preiskämpfe meldet, dauert die Überbeschäftigung noch an. Sie gibt recht schwere Probleme auf. So wird es aller Anstrengung bedürfen, im Jahr 1947 den wünschbaren neuen Wohnraum zu erstellen, macht ihm doch der öffentliche und der gewerbliche Bau Konkurrenz um Material und Arbeitskräfte. Ohne eine weitherzigere Zuziehung von Ausländern wird hier ein «Engpaß» entstehen. Zur Zeit droht auch ein gewisser Rückgang der industriellen Produktion wegen des Mangels an elektrischer Energie.

Auf das Frühjahr zeichnen sich neue *Lohnkämpfe* ab. Zu diesen ist zu bemerken, daß sie jetzt eine andere Note bekommen. Bis anhin kann man im großen Ganzen sagen, daß die Lohnerhöhungen den vollen Teuerungsausgleich verwirklichten und außerdem die Grundlöhne dort erhöht wurden, wo sie vor dem Krieg unterdurchschnittlich waren. Allerdings ist die Entwicklung vielfach auch schon über diese Limite hinausgeschritten. Was aber jetzt kommen will, wäre eine erhebliche Steigerung der Reallöhne im Vergleich zur Vorkriegszeit, während die Produktivität nicht wesentlich über den Stand von 1939 hinausgewachsen ist. Die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft, die auch noch durch viel ausgedehntere administrative Umtriebe belastet ist, würde dadurch sehr ernstlich tangiert. Auch müßte das Preisniveau einen neuen Auftrieb erfahren.

In die Zukunft weist der Beschluß des Bundesrates, die *revidierten Wirtschaftsartikel* im Juli der Volksabstimmung zu unterbreiten. Das Vorhaben, das Wirtschaftsrecht den neuen Verhältnissen anzupassen, ist sehr anerkennenswert. Ob die getroffene Lösung vom Volk als die ihm zusagende beurteilt wird, ist aber nicht voraussehbar. Insbesondere die Landwirtschaft agitiert eifrig für die Wirtschaftsartikel, für die sie ja die Ausführungsgesetze bereits vorzubereiten begonnen hat. Die andern Wirtschaftsgruppen haben noch nicht viel von sich hören lassen.

* * *

Betrachtungen zur gegenwärtigen Konjunkturlage

Betrachtungen über Art und Dauer der gegenwärtigen Konjunktur gehören wohl heute zu den meist erörterten wirtschaftlichen Fragen. Die um dieses Thema entbrannte Diskussion läßt allerdings, im weiten Bereiche, jene tiefere Kenntnis der Probleme vermissen, von der aus allein an solche Untersuchungen herangetreten werden sollte. So erschienen selbst im Handelsteil bekannter Tageszeitungen Artikel zur gegenwärtigen Konjunktur, die sich vielleicht durch gewollte Originalität auszeichnen, indessen jeder tieferen Fundierung entbehren.

Im Gegensatz zu einer in bestimmten Wirtschaftskreisen verbreiteten Ansicht hat sich bisher der Ablauf der Nachkriegskonjunktur in der von der Wirtschaftswissenschaft umzeichneten Weise vollzogen:

1. Allgemeine wirtschaftliche Stockung bei Kriegsende (Schock), Umstellungsperiode,
2. Nachholkonjunktur,
3. erste Periode rückläufiger Konjunktur,
4. Wiederaufbaukonjunktur,
5. zweite Periode rückläufiger Konjunktur (Anpassungsperiode als Abschluß der Wiederaufbaukonjunktur).

Die Phase der allgemeinen wirtschaftlichen Stockung ist durch eine für uns glück-

liche wirtschaftspolitische Konstellation nicht sichtbar geworden. Fiel doch schon rund fünf Monate vor Einstellung der kriegerischen Handlungen das gesamte deutsche Produktionspotential aus und mußte, wenigstens so weit es schweizerischen Bedarf zu decken berufen war, durch eine weitere Autarkisierung unserer Produktion ersetzt werden. Die aus dem Militärdienst entlassenen Arbeitskräfte konnten ohne größere Friktionen von der zwangsweise erweiterten Eigenproduktion für den Binnenmarkt aufgenommen werden. Als weitere Abfederung gegen empfindliche Schläge in der Umstellungsperiode wirkte das Currie-Abkommen, das zwei Monate vor dem Waffenstillstand abgeschlossen wurde und uns den rechtzeitigen Anschluß an die angelsächsischen Märkte sicherte.

Konnten wir infolge außergewöhnlich glücklicher Umstände ohne merkbare Störung durch die Umstellungsperiode hindurchkommen, so verursacht uns die Periode der Nachholkonjunktur weit größere Schwierigkeiten. Was dieser Konjunkturphase den Stempel aufdrückt, ist der allgemeine Lagerwiederaufbau, welcher auf Seiten der Lohneinkommensempfänger eine Nachfrage schafft, der noch ein ungenügendes Angebot an Konsumgütern gegenübersteht. Der Nachholbedarf der Unternehmen kann mit dem Nachholbedarf der Konsumenten, besonders in den Sparten der Konsumgüter mit mittel- oder langfristiger Lebensdauer, noch nicht in adäquater Weise koordiniert werden. Als Folge hiervon entsteht ein Kaufkraftüberhang, welcher heute unzweifelhaft bestimmte inflatorische Wirkungen ausübt, bei Beendigung der Lagerwiederaufbauphase des Nachholbedarfs jedoch verschwinden wird. Der jetzige Buyers' market (Markt, bei dem der Hauptakzent auf dem Kauf liegt) wird dem sogenannten Sellers' market (Markt, bei dem der Hauptakzent auf dem Verkauf liegt) weichen. Das verzerrte Preis- und Kostengefüge dürfte durch die zu erwartende Preisdeflation, deren Ausmaß nicht bestimmt werden kann, eine Rück- und Umbildung erfahren; der Übergang von der zweiten zur dritten Konjunkturperiode wird sich vollziehen.

Der Lagerwiederaufbau, ein partieller Mechanismus im Bereiche der über längere Zeiträume sich erstreckenden Konjunkturwellen, Hauptmerkmal der jetzigen Konjunkturperiode, bildet einen der labilsten Faktoren in der Konjunkturanalyse. Wann diese Phase zu Ende gehen wird, kann nicht allein auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungsmethoden, vielmehr nur in Verbindung mit einer gewissen Intuition — oder volkstümlich ausgedrückt Fingerspitzengefühl — vorausgesagt werden. Objektiv können wir nur bestimmte Erscheinungen des Konjunkturablaufs wie Produktions-, Beschäftigungs-, Ein- und Ausfuhrvolumen, Effektenkurse u. a. m. bei uns und bei unsern wichtigsten Wirtschaftspartnern erfassen und mittels dieser Erhebungen die allgemeine und spezielle Tendenz der wirtschaftlichen Kräfte festzuhalten versuchen. Besonders die Symptomatik der Konjunktur in den U.S.A. liefert uns für den mutmaßlichen weiteren Verlauf der Konjunktur in der Schweiz wertvolle Anhaltspunkte. Wir müssen daher mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, daß seit letzten Mai sowohl der U.S.A.-Produktions- wie der U.S.A.-Beschäftigungsindex erheblich gesunken sind. Ebenso wird in einzelnen Industrien bereits mehr als in den Jahren der höchsten Kriegsproduktion hergestellt, ohne daß der Staat oder die Armee als Käufer weiter auftreten würden. Die in den ausländischen Kapitalanlagen in den U.S.A. liegende latente Kaufkraft wird unzweifelhaft dazu beitragen, den Übergang der U.S.A. von der einen in die andere Konjunkturperiode etwas weniger schmerzhaft zu gestalten. Für einen nicht katastrophenartigen Übergang in den U.S.A. von der Konjunkturperiode des Nachholbedarfs zu jener des ersten Rückschlages dürfte auch der Umstand sprechen, daß der heutige U.S.A.-Kreditturm weitgehend mit Staatsmitteln und nicht mit Bankgeld aufgebaut wurde und der zu erwartende Geldkontraktionsprozeß somit, aller Wahrscheinlichkeit nach, sich dieses Mal in weit milderen Formen als 1929/30 vollziehen dürfte. Doch alle diese Betrachtungen beziehen sich nur auf eventuelle Milderungen anläßlich des Übergangs der U.S.A. in die Konjunkturperiode des ersten Rückschlages, der sich unzweifelhaft

in einigen Wirtschaftssektoren der U.S.A. bereits z. T. vollzogen hat und dessen Ausstrahlungen auf unsere Konjunktur einwirken werden.

In der Schweiz befinden wir uns gegenwärtig auf der absteigenden Linie der zweiten Konjunkturperiode, doch sind wir von deren Gipfelpunkt noch nicht weit entfernt. Die zu späte Modifikation resp. Beendigung der Kriegsgewinnsteuer, das zu starre Festhalten der Eidg. Preiskontrollstelle an einmal festgelegten Richtlinien wirken im Sinne einer Spannungsvergrößerung zwischen Angebot und Nachfrage und somit in Richtung eines weiteren Ausschlags der kurz- und mittelfristigen Konjunkturwellen nach oben. Im Laufe des ersten und zweiten Quartals 1947 dürfte durch den Ausfall der Kriegsgewinnsteuer ein zusätzliches Warenangebot auf dem Markte erscheinen. Schwierigkeiten im internationalen Zahlungsverkehr, wie Aufzehrung der eingeräumten Auslandskredite, werden zwangsmäßig eine mengen- und wertmäßige Schrumpfung des Exportvolumens nach sich ziehen.

Wir müssen uns klar darüber sein, daß eines der bedeutendsten amerikanischen Nachfrageausfalls-Kompensationsmittel in der Ergreifung einer allgemeinen Exportoffensive liegen wird, der wir sowohl auf dem internationalen als auf dem Binnenmarkte zu begegnen haben werden. Der Zeitpunkt dürfte bei uns bereits überschritten sein, um die Aufwertung des Schweizer Frankens überhaupt noch in Betracht zu ziehen. Unser vornehmstes wirtschaftspolitisches Ziel sollte vielmehr darin liegen, die unumgänglich notwendig gewordenen Änderungen an den einzelnen Wirtschaftsgrößen und -faktoren vorzunehmen und die durch die überspitzte Konjunktur hervorgerufene Verzerrung des Preis- und Kostengefüges nicht durch die Anerkennung unüberlegter Forderungen einzelner Wirtschaftsgruppen weiter zu verschärfen.

Wir können nicht deutlich genug darauf hinweisen, daß bereits eine Änderung des Investitionsrhythmus zu einer Depression führen und selbst der Rückgang der Staatsausgaben deflatorische Wirkungen ausüben kann. Wenn auch bei uns gewisse Investitionen als Federung zum Auffangen der Stöße beim Übergang in die dritte Konjunkturperiode dienen werden, so müssen wir uns doch auf die erste Rückschlagsperiode in jeder Weise geistig und wirtschaftstechnisch vorbereiten und in unseren grundlegenden Dispositionen damit rechnen, daß die Periode des Nachholbedarfs ebenfalls in der Schweiz sich in wesentlichen Bereichen nicht über das Ende des Jahres 1947 erstrecken wird. *Alfred Justitz.*

Brief aus England

Lebensfragen

Die große Winter-Wirtschaftskrise, die für das englische Volk völlig unerwartet Anfang Februar ausbrach und die Arbeitslosenziffer — inmitten größten Arbeitermangels! — auf über zwei Millionen hinauftrieb, hat zu einem großen Erwachen geführt. Der Anlaß der Krise selbst ist dabei weniger wichtig — seit Jahren hat England unter stetig zurückgehender Kohlenförderung gelitten; seit Jahren hat es die Abwanderung seiner Grubenarbeiter mit sorgloser Kurzsichtigkeit zugelassen. Grubenarbeiter wurden ins Heer aufgerufen, während etwa halbwüchsige Jungarchitekten, die Fabrikhallen serienweise errichten halfen, an ihre Beschäftigung gebunden waren und ihnen der Eintritt ins Heer versagt wurde. Die Kohlenförderung ging derart zurück, daß schon die Churchill-Regierung, unter der diese Entwicklung unaufhaltsam weiterging, einen Minister für «Brennstoffe und Kraft» einsetzen mußte und die Gruben staatlich verwalten ließ. Die Attlee-Regierung entschloß sich dann zur Verstaatlichung aller Gruben, die seit dem 1. Januar ds. Js. von einem ministeriell ernannten Kohlenrat geleitet werden. Neue Arbeitsbedingungen für Grubenarbeiter wurden ausgearbeitet, um den Beruf für zusätzliche Arbeiter anziehend zu machen. Mittlerweile jedoch erlaubte man sich den Luxus,

wesentliche Sparmaßnahmen des Krieges abzuschaffen: doppelte Sommerzeit, Mehrschichtensystem usw. verschwanden, während Zusatzzüge auf den Bahnen, Ankurbelung der Erzeugung von elektrischen Öfen, Staubsaugern, Eisschränken usw. für den heimatlichen Markt lebhaft betrieben wurde. Sir Stafford Cripps setzte ungemein hohe Ziele für die Ausfuhrindustrien, die meist sogar übertroffen wurden. All dies fraß in die Kohlenvorräte hinein.

Das Verhängnis wollte es, daß Emanuel Shinwell, der verantwortliche Minister, einer der selbstsichersten Menschen ist, die man sich denken kann. Während der Ernährungsminister im vergangenen Sommer Brot rationierte (und damit gegen den Strom schwamm, war doch eine solche Rationierung nicht einmal zur Zeit der deutschen U-Boot-Angriffe nötig geworden), glaubte der Brennstoffminister, er werde es schon schaffen: und bei einem ausnehmend milden Winter wäre England wohl auch ohne tiefgreifende Erschütterung seines Wirtschaftslebens mit den elf Millionen Tonnen Kohlenvorräten durchgekommen. Statt dessen erlebte es den kältesten Winter wohl seit den Neunziger Jahren (die Zeitungen berichten von einer Schweizer Familie, die auf Befragen bei der Abfahrt aus England angab, sie habe sehr schönen Wintersport in England betrieben und fahre wieder nach Hause ... zur Abwechslung!). Das Ergebnis der Kältewelle war die Stillegung der britischen Industrien und die kriechende Kälte in Schule, Büro und Heim. Mitten im größten Mangel aller Gebrauchs- und Ausfuhrgüter erlebte England Massenarbeitslosigkeit. Wie weit war diese Wirklichkeit doch entfernt von den weitreichenden Plänen der Verstaatlichung, wie wir sie hier in unserem letzten Brief schilderten!

Bemerkenswert an dieser Krise ist jedoch die Tatsache, daß die Arbeiterschaft sie ruhig und mit verblüffender Gelassenheit hingenommen hat. Ich habe mit vielen Gruppen solcher vorübergehend arbeitslos gewordener Menschen gesprochen: sie alle haben gute Ersparnisse aus den letzten Jahren; sehr viele Arbeitgeber zahlen Löhne weiter, damit ihnen die Arbeiter treu bleiben — die Knappheit an Arbeitskräften ist derart, daß ein einmal verlorener Arbeiter unersetzbar ist, jedenfalls nicht ersetzt werden kann, sobald die Kohlenvorräte wieder eintreffen; die gezahlten Unterstützungen (über 1/2 Million bekommen keine, weil ihre Löhne weiterlaufen!) sind angemessen. Und die meisten sind einer Ruhepause froh. Die Kritik am Minister ist dabei außerordentlich scharf und er dürfte wohl bei der nächsten Kabinettumbildung ausgeschaltet werden. Auffallend ist, daß die kommunistische Partei für ihn eintritt; dies ist umso wichtiger, als der Generalsekretär der Grubenarbeiter-Gewerkschaft, Horner, Kommunist ist: ihm ist es auch zuzuschreiben, daß bisher keine ausländischen Arbeiter in die Gruben eingeführt werden konnten (einzig etwa 200 Polen wurden zugelassen — also eine Ziffer, die nicht der Rede wert ist).

Trotzdem hat diese Kohlenkrise, wie gesagt, zu einem großen Erwachen geführt: in dem Sinne nämlich, daß sich das englische Volk jetzt seiner *Gesamtwirtschaftslage* besser bewußt ist denn je. Wie ein Glück im Unglück erscheint in eben dieser Krisenzeit der «Wirtschaftsüberblick 1947», den die Regierung als eine Art wirtschaftlichen Budgets vorbereitet hatte. Es zeigt im Einzelnen, daß die notwendige Einfuhr nur durch unerhört gesteigerte Ausfuhr bezahlt werden kann — bevor an eine Rückzahlung der Schulden (in Gestalt der Amerika- und Kanada-Anleihen und der riesigen Schulden in Indien, Ägypten, Irland usw.) zu denken ist. Die Regierung hat deshalb eine Art «Ziel» für jeden Industriezweig ausgearbeitet, das auf Grund bestehender Löhne und Arbeitsbedingungen erreicht werden soll. Da sie keine Zwangsmittel in der Hand hat — die Kriegsverordnungen wurden inzwischen abgeschafft —, muß sie sich auf die gewöhnlichen Mittel demokratischer Regierungsweise, eben das Überreden der Beteiligten, verlassen. Die Krise der letzten Wochen hat wohl mehr als die halbe Überzeugungsarbeit für sie getan! Statt wie bisher sich der — gewiß großen — Leistung zu freuen, daß die Umstellung von totaler Kriegsführung auf Friedensarbeit binnen achtzehn Monaten und ohne nennenswerte Streiks oder sonstige Unruhen durchgeführt worden ist, sieht nunmehr jedermann ein, daß

eine weitere Verbesserung des Lebensstandards warten muß und erhöhte Produktion das Gebot des Jahres ist. Und da die Erzeugungsfähigkeit der englischen Industrie unzweifelhaft sehr groß ist, sieht man dem Frühjahr gerade nach der Erschütterung und dem großen Erwachen dieses Februars mit neuer Hoffnung entgegen.

Dabei drängen sich die *Weltfragen* in nicht minder atemberaubender Größe dem Beobachter in London auf: die Vorbereitungen für die *Moskauer Konferenz* wurden, ohne viel Licht auf sich zu ziehen, abgeschlossen. In ihnen hat sich der alte Gegensatz von Ost und West wiederum überdeutlich gezeigt. Rußland wünscht ein zentral geleitetes Deutschland, das aus laufender Produktion stetig Reparationen liefere und sich mit den zwischen Stalin und Churchill seinerzeit verabredeten Ostgrenzen abfinde. Der Westen denkt an ein vielgliedriges Deutschland, das — auch alten Abmachungen entsprechend — keinerlei Reparationen über die abgebauten Industrieanlagen hinaus leisten soll. Wiederum wird die Moskauer, wie die New Yorker Konferenz, bestenfalls eine Halblösung bringen: ja man geht mit wenig Hoffnung in diese Konferenz, die nur einen Meilenstein, nicht das Endziel, bezeichnen wird. Mittlerweile hofft London, daß sich die *Verschmelzung der amerikanischen und englischen Zonen* nunmehr zu Frühlingsbeginn voll auswirken wird. Auch der englische und amerikanische Handel mit diesen Zonen ist freigegeben worden. Und was die entscheidende Frage der inneren Haltung der Deutschen angeht, so hofft London von der Ernennung des neuen Leiters des gesamten Erziehungswesens in der britischen Zone sehr viel. Es handelt sich dabei um *Robert Birley,* der von seiner Schule (Charterhouse — sie gehört mit Eton zu den fünf größten englischen «Public Schools») zurückgetreten ist, um sich dieser Aufgabe zu widmen. Ein so ausgeglichener Mann, Geschichtsforscher und künstlerisch feinfühlig, dürfte gerade an solcher Stelle Wunder wirken.

Während Deutschland die maßgebenden Stellen gerade in diesen Wochen besonders beschäftigte, hat die Öffentlichkeit sich mehr mit Indien, Ägypten und Palästina befaßt. Den Indern ist nunmehr ein Datum — Juni 1948 — gegeben worden, an dem ihnen auch die letzten Überbleibsel britischer Macht in die Hände gelegt werden sollen. Damit hat Großbritannien sein Versprechen eingelöst, daß es alles tun werde, was in seinen Kräften steht, *Indien* als kommender Großmacht vollste Freiheit zu geben. In welche Hände aber wird die Macht gelegt werden? Niemand weiß dies heute. Immer noch haben sich die widerstreitenden indischen Gruppen nicht geeinigt. Werden sie sich, wie sie stets behauptet haben, schnell einigen, sobald kein fremder Dritter zugegen ist? Oder werden sie einen Bürgerkrieg ausfechten? Indische Führer leugnen die letztere Möglichkeit, England hat sie beim Wort genommen. Es handelt sich dabei, so scheint mir, um einen Schritt des Glaubens an die Gesundheit Indiens und an die Klugheit seiner Staatsmänner — Ghandis, Nehrus, Jinnahs. Ähnliche Schritte gleich großen Glaubens haben zu der einzigartigen Verbindung Londons mit Montreal und Quebec, mit Kapstadt und Sydney und Auckland und vielen anderen geführt: werden wir Bombay, Kalkutta, Delhi anfügen können? — und wenn dies Wirklichkeit werden sollte: wird damit nicht auch das Band gleicher Gesinnung zwischen London und Washington von Neuem bekräftigt?

Ägypten und Palästina schließlich zeigen keinerlei Fortschritt: keine Verträge, keine Abkommen wurden geschlossen. Wiederum jedoch hat England durch den Rückzug seiner Truppen aus *Ägypten* eine Wendung in seiner Politik gegenüber diesem Lande eingeleitet; auch hat es durch die *Überweisung der Palästinafrage an die Vereinten Nationen* gezeigt, daß es nur zu bereit ist, eine gerechte Lösung anzunehmen und durchzuführen. Gewiß, mit dem guten Willen allein ist es nicht getan. Aber müssen wir nicht den guten Willen anerkennen in einer Welt, in der so lange Jahre der böse Wille das große Wort geführt hat?

Stanford Hall, Loughbrorough, England, Ende Februar 1947.

F. W. Pick.

Brief aus Italien

Zwischen Winter und Frühling

Dieser Titel ist eben so sehr meteorologisch als metaphorisch zu verstehen, denn unser südliches Nachbarland befindet sich gegenwärtig in einem *Zwischenstadium,* dessen Standortskoordinaten schwierig zu bestimmen sind. Gerade so wie in diesen Wochen Norditalien von einem schlimmen Nachwinter mit ungewöhnlichen Schneefällen und Kälteeinbrüchen heimgesucht wird, während jenseits des Apennins warme Vorfrühlingswitterung die Menschen ins Freie lockt, so stehen sich Winter- und Frühlingssymptome auch auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete oft in nächster Nähe scheinbar unversöhnlich gegenüber. Man kommt sich gegenwärtig als objektiv sein wollender Beobachter fast wie ein blinder Wanderer vor, der im Begriffe steht, von einer Anhöhe aus in eine Niederung hinabzusteigen, um nach deren Durchschreitung wieder die jenseitige Anhöhe zu erklimmen, und der trotz der Überzeugung, sein hochgelegenes Ziel bald zu erreichen, doch nie weiß, wann der Abstieg in den Wiederaufstieg übergeht.

Nur zwei Tatsachen dürften als unbestritten gelten — erstens: daß in Italien gegenwärtig alles so im Flusse ist, daß der alte Heraklit darob in ein dreifaches *παντα ρει* ausgebrochen wäre, und zweitens: daß die vergangenen zwei Monate auf innen- und außenpolitischem Gebiete zu den geschichtlich ereignisreichsten der letzten Jahre gehören. Infolge der labilen Lage Italiens stehen beide Tatsachen übrigens in engster Wechselwirkung, wie die vier hauptsächlichsten Vorkommnisse auf *politischem Gebiete* deutlich zeigen.

In chronologischer Reihenfolge aufgeführt meinen wir die *Amerikareise De Gasperis,* die *Spaltung der sozialistischen Partei,* die *Demission des Kabinettes De Gasperi,* mit der darauffolgenden Neubildung des Kabinettes, und — last, not least — die *Unterzeichnung des Friedensvertrages* in Paris.

Welches sind die Gründe, die De Gasperi zu seinem zum mindesten moralisch sehr erfolgreichen Flug nach den Vereinigten Staaten führten? Nur der vor allem auch vom Vatikan unterstützte Wunsch, die Aktien seiner Partei, der democrazia cristiana, zu stützen, die anläßlich der Gemeindewahlen im Herbst einen so bedenklichen Kurssturz erlitten hatten? So sehr der italienische Regierungschef parteipolitisch denken mag, so dürfte dies doch kaum der Hauptgrund seiner Amerikareise gewesen sein; viel eher der Wunsch, in Amerika wirtschaftliche Hilfe großen Ausmaßes zu erlangen, die um so dringlicher ist, als die U.N.R.R.A. Ende Februar ihre großangelegte Hilfsaktion für Italien einstellt. Vor allem aber auch die Absicht, Italien aus der beengenden Isolierung herauszulösen, in welche es die faschistische Katastrophenpolitik manöveriert hatte. Italien, das sich mit Recht als hervorragende Mitschöpferin des europäischen Kulturgutes fühlt, hat unter der moralischen Vereinsamung der letzten Jahre viel stärker gelitten als allgemein bekannt ist. Wieder im Völkerkonzert mitspielen zu dürfen, ist für den Italiener ein Herzensbedürfnis, dem die Großmächte aus Mangel an psychologischem Verständnis oder Egoismus nicht genügend gerecht geworden sind. Die Reise De Gasperis schloß die Lösung dieses Problems mit ein.

Wie verhalten sich nun die erzielten Erfolge zu den allgemeinen Erwartungen? In parteipolitischer Hinsicht werden erst die nächsten großen Wahlen darüber Aufschluß erteilen. Immerhin hat der überaus herzliche Empfang, den der italienische Regierungschef im Kongreß in Washington sowie in verschiedenen amerikanischen Städten, vorab Chicago und New York, gefunden hat, zweifellos günstig auf seine Partei abgefärbt, wie man aus Gesprächen und vor allem aus dem offensichtlichen Ärger der Linkspresse deutlich herausspürt.

Wirtschaftlich hat De Gasperi zwar allerhand, doch bei weitem nicht das erreicht, was er wahrscheinlich selber, vor allem aber das italienische Volk erwartete,

das in Amerika den unermeßlich reichen Onkel Sam zu sehen gewohnt ist. Der 100 Millionen Dollar-Kredit, den er nach langen Verhandlungen endlich erhielt, sowie eine weitere Teilannullierung der Besetzungskosten und andere Zugeständnisse sind angesichts der Finanzmisère Italiens nicht viel mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein. Dieses dürftige wirtschaftliche Ergebnis ist übrigens der beste Gegenbeweis gegen die marxistische Anschuldigung, De Gasperi habe Italien dem amerikanischen «Monopolkapitalismus» verschachert. So viel Patriotismus und diplomatisches Geschick dürften sie ihrem politischen Gegner schon zumuten, daß er, wenn er es überhaupt beabsichtigt hätte, was durchaus nicht zutrifft, sein Land nicht um ein Linsengericht verkaufte!

Unbestritten ist sein Erfolg aber in patriotischer Hinsicht. Daß Italien heute in der Welt wieder über einen moralischen Kredit verfügt, konnte der hinterste «sciuscià» aus den Berichten und Pressephotographien über die wahrhaft herzliche Aufnahme seines ersten Mitbürgers in Amerika erfahren. Diese amerikanische Kordialität ging sicher über politische Berechnung hinaus, so stark solche auch mitspielte. Um den enormen Fortschritt in dieser Hinsicht zu würdigen, stelle man sich die Frage, wie lange es wohl noch gehen wird, bis ein deutscher Staatsmann auf dieselbe herzliche Aufnahme in Amerika rechnen kann. Man darf sich in diesem Zusammenhang sogar bescheiden fragen, ob der schweizerische Bundespräsident wohl auch so beklatscht würde, wenn er eine Amerikareise unternähme, obwohl die Schweiz mit Amerika noch nie Krieg geführt hat und ihm und den andern Alliierten in der Frage der deutschen Guthaben sogar unneutral weit entgegengekommen ist, weil sie nicht anders konnte.

Der *Abfall Saragats* von Nenni ließ die Rechte Morgenluft wittern, doch als klar wurde, daß sich der Apostat nicht gegen seinen ehemaligen Parteigenossen einspannen ließ, sank das Interesse für seine Dissidentengruppe rapid. Ob De Gasperi je ernstlich geglaubt hat, die durch das Schisma wenigstens in den ersten Tagen der Krise geschwächte Linke ausbooten zu können, ist schwer zu sagen. Vielleicht als Maximalprogramm. Doch als gewiegter Realpolitiker mußte er von Anfang an mit der Möglichkeit rechnen, nolens volens zur Parteitriarchie zurückkehren zu müssen. Man glaubt heute im In- und Auslande oft, es sei alles beim alten geblieben. Wir teilen diese Ansicht nicht. So prekär auch die Aussichten auf eine längere Existenz des neuen Kabinettes sind, so ist die Position der Christlichsozialen darin doch den Sozialisten und Kommunisten gegenüber stärker als vorher, und zudem haben sie wichtige Ressorts, wie das nun zusammengelegte *Finanz- und Tresorministerium,* sowie das *Außenministerium* dem Bürgertum zurückgewonnen. Wohl sind ja Togliatti und Nenni dem Ministerrat selber nicht beigetreten, aber ihre Parteigenossen sitzen als Minderheitsvertreter in der Regierung. Dabei ist das gar nicht so selbstverständlich, denn die Rechtsopposition läßt nichts unversucht, um sie mit dem Odium der Unterzeichnung des Friedensvertrages zu belasten, und auch eine Minoritätengruppe kann durch die täglichen Anwürfe an die Adresse der Gesamtregierung nichts gewinnen. Wenn sich also die Sozialisten und Kommunisten trotz allem zum Mitmachen entschlossen haben, so geschah dies wahrscheinlich nicht nur aus dem Wunsch heraus, durch aktive Teilnahme an den Regierungsgeschäften diese in ihrem Sinne zu gestalten, sondern wohl auch, weil sie auf Grund der amerikanischen und sonstigen ausländischen Hilfe eine baldige Besserung der Gesamtlage Italiens erwarten, die sie aus wahlpolitischen Gründen nicht den Bürgerlichen allein gönnen möchten. Im kommenden Sommer oder Herbst werden ja erst die eigentlichen Parlamentswahlen stattfinden, wie auch die Abstimmung über die neue Verfassung, an welcher eine 75köpfige Kommission seit Monaten arbeitet, für diesen Zeitraum vorgesehen ist.

Kein Glockengeläute hat die *Unterzeichnung des Friedensvertrages* begleitet, wohl aber Trauer und Erbitterung, die sich durch die Straßendemonstrationen gegen die alliierten und jugoslawischen Gesandtschaften durchaus nicht abreagiert hat.

Italien fühlt sich tief verletzt und ist nicht bereit, sich innerlich mit dem «Friedensdiktat» abzufinden, obwohl dieses durch die Konstituante wohl ratifiziert werden dürfte. Da ja auch Jugoslawien sich mit der Lösung der istrischen Frage nicht einverstanden erklärt hat, ist dort ein neuer Eiterherd geschaffen worden, noch ehe die Vertragsunterschriften in Paris getrocknet sind. Sollte Italien auch um sein Kolonialreich kommen, so würde es unweigerlich wieder in Opposition zur Umwelt treten, und der Kampfruf Mussolinis bei Kriegsausbruch: «Italia proletaria in piedi!» würde fatalerweise dieses so weltaufgeschlossene Land wieder mit Ressentiment laden, das eine fruchtbare Mitarbeit im europäischen Völkerverband verunmöglichen dürfte. Neutrale mögen die Ansicht haben, daß die Italiener im Grunde gar nicht so schlecht weggekommen seien, daß ihre große Mehrheit dem Duce seinerzeit durch dick und dünn gefolgt sei, solange alles gut ging, und der Abfall vom Faschismus erst erfolgte, als seine Lage aussichtslos geworden war. Für diese Art Geschichtsbetrachtung findet man in Italien wenig oder gar kein Verständnis, um so weniger, als das Land im Befreiungskampfe ja tatsächlich große Opfer gebracht hat. Diese Tatsache scheint von den Alliierten oft nicht genügend gewürdigt zu werden. Es ist nur zu wünschen, daß die Westmächte wenigstens post festum vermehrtes Verständnis für die italienischen Probleme zeigen werden, nachdem der Friedensvertrag selber als Kompromißprodukt des angelsächsisch-russischen Tauziehens nicht anders herauskommen konnte. Italien erwartet eine Revision des «Diktates», sowohl von Frankreich, als von England und Amerika. Wird es sie erlangen?

Über *wirtschaftliche Fragen* werden wir im Maiheft eingehender berichten. Auch hier stehen sich positive und negative Tatsachen gegenüber: eine ständige Ausweitung der Papiergeldzirkulation (ca. 10—15 Milliarden Lire monatlich) geht Hand in Hand mit der Steigerung der Lebenskosten, und damit — seit Einführung der gleitenden Lohnskala — der Löhne. Dabei weiß der Arbeitgeber bis kurz vor Monatsende nie, wie groß die Salärerhöhung sein wird. Kohlen- und Strommangel lasten schwer auf der Produktion. Gewisse Produkte, wie z. B. Rohseide, die bis vor kurzem genau 10 % des Gesamtexportes ausmachte, können infolge der enormen Preissteigerungen kaum mehr exportiert werden. Einer Totaleinfuhr von 84,2 Milliarden Lire in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres stehen 54,6 Milliarden Exporte gegenüber. Anderseits zeigen sich bereits Symptome einer durch das natürliche Kräftespiel von Angebot und Nachfrage bedingten neuen Preissenkungswelle, die z. B. die Speisefette, Eier u. a. m. erfaßt hat. Benzin wird gegenwärtig so reichlich zugeteilt, daß der Schwarzhandelspreis innerhalb Monatsfrist von 200 auf 100 Lire gesunken ist. Gleicherweise haben sich die Fremddevisenkurse bedeutend gesenkt. Der Schweizerfranken pendelt gegenwärtig um 160 herum, nach dem Höchststand von 230 vor einigen Monaten. Der mittlere Exportdollar-Kurs schwankt um 375 (wohl die zukünftige Dollarparität), während sich das Exportpfund von ca. 1200 auf 1330 hob. Die Staatseinnahmen wachsen in einem die Erwartungen übersteigenden Maße.

Winter und Frühling bekämpfen sich in Italien auf allen Gebieten. Aber wir halten es mit Emmanuel Geibels Gedicht:

Und dräut der Winter noch so sehr,
es muß doch Frühling werden!

Florenz, Ende Februar 1947.

Peregrinus.